

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfässergerasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

Justizkommission stimmt der Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei zu

Solothurn, 25. Juni 2013 - Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) hat der Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) zugestimmt. Die gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen machen die Änderungen notwendig. Ziel ist es, die Polizei zu befähigen, mit entsprechenden Mitteln auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

Die JUKO hat sich ausführlich über die vorgeschlagenen Änderungen des KapoG informieren lassen. So erfordert beispielsweise die Erarbeitung und Umsetzung des vom Regierungsrat beschlossenen Kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM) die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen. Weiter werden die Bestimmungen über den Umgang der Polizei mit häuslicher Gewalt an das Bundesrecht und an die Bedürfnisse der Praxis angepasst und auch die Durchführung von Alkohol-Testkäufen erfordert Regelungen bis zum Inkrafttreten der Rechtsgrundlage auf Bundesstufe.

In der Vernehmlassung hat sich klar gezeigt, dass der vorgesehene Verzicht auf das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung für die Anstellung als Korpsangehöriger der Polizei vorwiegend abgelehnt wird, so dass der Regierungsrat in der überarbeiteten Vorlage auf die Änderung verzichtet. Damit erfordert

auch der Auftrag der Fraktion SVP "Keine Ausländer bei der Polizei" keine weiteren gesetzlichen Massnahmen. Die JUKO beantragt dem Kantonsrat Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung.